Nummer 37 Hamburg, den 11. September 1920 33. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit," Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr ℳ 3 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband ℳ 4

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 ₰ für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet

Teuerung.

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Wenn man die gegenwärtige Teuerung messen will, so kann man zwei Wege einschlagen: Entweder man stellt fest, was man vor dem Kriege gekauft hat, wieviel das damals gekostet hat und wieviel das heute kosten würde, oder man stellt fest, was man heute kauft, wieviel das heute kostet und wieviel das vor dem Kriege gekostet hätte. Beide Wege führen zu interessanten Ausblicken, aber keiner führt zum Ziele. Denn wenn man berechnet, was der Vorkriegsverbrauch heute kosten würde, so erscheint die Teuerung zu groß, da viele Dinge, die man früher in Mengen kaufte, weil sie besonders billig waren, heute besonders teuer sind. Berechnet man aber, was der heutige Verbrauch vor dem Kriege gekostet hätte, so erscheint die Teuerung zu klein, da viele Dinge, die man heute in Mengen kauft, weil sie verhältnismäßig billig sind, vor dem Kriege verhältnismäßig teuer waren. Trotzdem empfiehlt es sich, beide Wege zu gehen, denn sie führen zu den Grenzen, innerhalb deren die Wahrheit liegt. Aus diesem Gedankengang heraus habe ich im zweiten Juliheft des „Getreuen Eckart" berechnet: 1. Was haben 6 Schöneberger Arbeiterfamilien im April-Mai 1913 verzehrt?; was haben sie damals für diese Nahrungsmengen ausgegeben, und was hatte das im April-Mai 1920 gekostet? 2. Wieviel kostete das Existenzminimum der Ernährung von 6 solchen Familien im April-Mai 1920?; was hätten dieselben Nahrungsmengen im April-Mai 1913 gekostet?

1. Die Unterlagen für die Berechnung des Verbrauchs im April-Mai 1913 lieferten die Haushaltungsbücher, die von 53 Schöneberger Familien für das städtische statistische Amt geführt wurden. Für die Zwecke der vorliegenden Untersuchung wurden 6 Arbeiterehepaare mit insgesamt 11 Kindern ausgewählt. Ihr Gesamtverbrauch für Ernährung betrug im April-Mai 1913 1293 ℳ. Es ist unmöglich, an dieser Stelle die umfangreiche Tabelle, die die Ausgaben im einzelnen nachweist, abzudrucken. Sie zeigt insbesondere, wie mannigfaltig die Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung Groß-Berlins vor 7 Jahren war. Daß eine solche Ernährung einen starken Einfluß auf die geistige und gemütliche Verfassung der Bevölkerung ausüben mußte, liegt auf der Hand. Dies mögen vor allem diejenigen beherzigen, die immer noch nicht begreifen können, wieso eigentlich die „Mentalität" der großstädtischen Arbeiterschaft jetzt eine andere ist als vor dem Kriege.

Heute ist es selbstverständlich ausgeschlossen, daß auch nur 5 % der Groß-Berliner Bevölkerung sich so mannigfaltig ernähren könnten. Denn ein Teil der früher in großen Mengen verzehrten Nahrungsmittel ist inzwischen fast gänzlich vom Markt verschwunden. Will man also berechnen, was die Vorkriegsernährung der in diese Untersuchung einbezogenen 6 Familien heute kosten würde, so muß man notgedrungen gewisse Zusammenfassungen vornehmen. Denn es würde schließlich doch auf eine Zahlenspielerei hinauslaufen, wenn man berechnen wollte, wie groß der Aufwand einer Familie wäre, die sich heute darauf kapriziren würde, bei einem Gesamtverbrauch von 169,8 Kilogramm Fleisch nun ausgerechnet soundso viel Kilogramm, Hammelfleisch, Schinken usw. zu essen. Man wird vielmehr so vorgehen müssen, daß man sagt: die 23 in die Untersuchung einbezogenen Personen verzehrten im April-Mai 1913 169,8 kg Fleisch für 362,75 ℳ. Im April-Mai 1920 hatten 23 in gleichem Alter stehende Personen Anspruch auf 46,8 kg rationiertes Fleisch zu einem Preis von 1038 ℳ. Wenn sie sich die übrigen 123 kg im Schleichhandel kauften, so hatten sie dafür, falls sie zur Hälfte Rindfleisch für 32 ℳ das Kilogramm und zur Hälfte Schweinefleisch für 40 ℳ das Kilogramm nahmen, 4427 ℳ aufzuwenden. Ihr Fleischverbrauch unter Zugrundelegung der im April-Mai 1913 verbrauchten Mengen kostete also 1038 ℳ + 4427 ℳ = 5465 ℳ. In ähnlicher Weise bin ich für die andern Nahrungsmittel verfahren, habe also zum Beispiel alle Hülsenfrüchte zusammengefaßt, ebenso alle Mehle, alle Nährmittel usw. Dann ergibt sich eine Steigerung der Gesamtausgabe für Ernährung von 1293 ℳ im April-Mai 1913 auf 20 975 ℳ im April-Mai 1920. Auf den Kopf und den Tag bedeutet das eine Steigerung von 92 ₰ auf 14,95 ℳ. Eine Familie also, die sich, zwar nicht so mannigfaltig und nicht so schmackhaft, aber doch ähnlich ernähren wollte wie vor 7 Jahren, müßte dafür im April-Mai 1920 den sechzehnfachen Betrag ausgeben.

2. Um die umgekehrte Berechnung aufzumachen, das heißt, um festzustellen, was der heutige Verbrauch vor dem Kriege gekostet hätte, habe ich zunächst ermittelt, welche Nationen an 6 Familien mit der entsprechenden Altersgliederung für April-Mai 1920 in Berlin-Schöneberg verteilt wurden, was diese Nationen tatsächlich kosteten, und was sie im April-Mai 1913 gekostet hätten. Da zeigt sich, daß die gleichen Mengen, die jetzt 4951 ℳ kosteten, vor 7 Jahren 406 ℳ erfordert hätten. Die Nation, die jetzt auf den Kopf und den Tag 3,53 ℳ kostete, hätte sich vor dem Kriege auf nur 29 ₰ gestellt. Diese Nation reichte aber natürlich nicht entfernt aus, um den Mindestbedarf eines erwachsenen Menschen zu decken. Der Nährwert der den 23 Personen für die 2 Monate zustehenden Nationen betrug nämlich 2 337 000 Kalorien. Nach den Berechnungen von Zuntz brauchen nun 23 Personen der obigen Altersgliederung in 2 Monaten 3 294 000 Kalorien. Und es ist interessant, festzustellen, daß die von diesen 23 Personen im April-Mai 1913 verbrauchten Mengen einen Nährwert von 3 450 000 Kalorien hatten, also um etwa 5 % über den physiologischen Bedarf hinausgingen. Im April-Mai 1920 mußten mithin die 23 Personen, um ihr Existenzminimum zu decken, zu den Nationen noch Nahrungsmittel im Nährwert von 3 294 000 − 2 337 000 = 957 000 Kalorien hinzukaufen. Diese konnten sie sich billigst für 2878 ℳ gegenüber 201 ℳ vor 7 Jahren beschaffen. Im ganzen mußten also die 6 Familien im April-Mai 1920 mindestens 7829 ℳ für ihre Ernährung ausgeben. Die gleichen Mengen hätten im April-Mai 1913 nur 607 ℳ gekostet. Auf den Kopf und den Tag bedeutet das eine Steigerung von 43 ₰ auf 5,58 ℳ. Eine Familie also, die sich vor 7 Jahren so ernährt hätte, wie es im April-Mai 1920 am billigsten war, würde damals 1/13 soviel ausgegeben haben als jetzt.

Ein Vergleich der Ergebnisse der beiden Berechnungsmethoden zeigt mithin, daß die Ernährung in Groß-Berlin im April-Mai 1920 rund fünfzehnmal so teuer war als vor 7 Jahren.

Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

An die Arbeiter aller Länder!

In Anbetracht des schweren Ernstes der politischen Weltlage fordert der Internationale Gewerkschaftsbund von dem organisierten Proletariat der ganzen Welt, jedem Kriege seinen unerschütterlichen Widerstand entgegenzusetzen. Die organisierten Arbeiter der Welt haben sich gemäß den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskongresse von Bern und Amsterdam bereitzuhalten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg zu bekämpfen und vereint vorzugehen, um den Frieden zwischen allen Völkern endgültig herzustellen. Die Internationale der Gewerkschaften verurteilt auf Grund des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowohl jedes Eingreifen Fremder in die inneren politischen Angelegenheiten eines Volkes, als auch jede den gegenrevolutionären Armeen gewährte Unterstützung. Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert alle Arbeiter auf, sich dagegen zu erheben und dementsprechend zu handeln.

Diesen Grundsätzen entsprechend und in Anbetracht der Tatsache, daß die russische Revolution durch Polen angegriffen wurde, verlangt der Internationale Gewerkschaftsbund die augenblickliche Beendigung der gegenrevolutionären militärischen Angriffe auf Rußland und fordert für das russische Volk Garantien gegen jeden weiteren Ueberfall. Angesichts der Erklärung der russischen Regierung, die feierlich den Willen ausspricht, auf der Basis der polnischen Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechts des polnischen Volkes mit Polen Frieden zu schließen, erklärt der Internationale Gewerkschaftsbund, daß auf dieser Grundlage die brudermörderische Massenschlächterei aufhören muß. Der allgemeine Weltfriede muß ehebaldigst hergestellt werden, und zwar auf der Grundlage der Anerkennung der revolutionären Errungenschaften und der Unabhängigkeit der Völker!

Um dieses proletarische und durchaus menschliche Ziel zu erreichen, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle organisierten Arbeiter auf, sich nicht als Helfershelfer des kapitalistischen Imperialismus gebrauchen zu lassen und energisch jegliche Beförderung von Truppen und Munition zu verweigern. Die zielbewußte Aktion der Arbeiter muß als Schutzwache der Menschheit die reaktionäre „Heilige Allianz" zertrümmern, die man bemüht ist, wiederaufzurichten. Nicht ein Zug mit Munition darf verkehren, nicht ein einziges mit Kriegsmaterial beladenes Schiff den Hafen verlassen, nicht ein einziger Soldat soll weiterbefördert werden! Dem Kriege werde keine neue Nahrung zugeführt! Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt, daß die Proletarier aller Länder diese Aktion durchführen können und müssen.

In dem Bestreben, die Freiheiten der Arbeiter und die Entwicklung der sozialen Errungenschaften zu beschützen, und in der Ueberzeugung, daß nur der Wille der Arbeiter den Kriegen Einhalt zu gebieten vermag, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle Landeszentralen auf, sich bereitzuhalten, um nötigenfalls durch Massenaktionen oder durch den Generalstreik ihren Entschluß durchzusetzen.

Die gewerkschaftliche Internationale fordert überdies alle Organisationen auf, Maßnahmen zu ergreifen, um in allen Ländern der Erzeugung von Kriegsmaterial ein Ende zu machen, damit endlich die allgemeine Abrüstung durchgeführt wird, die die Völker vom Militarismus, von jeglichem Militarismus befreien und die Steigerung der Produktionskräfte herbeiführen wird!

Kameraden! Im Jahre 1914 war unsere Organisation noch zu schwach, um sich dem Krieg zu widersetzen. Heute ist sie eine starke Macht von 27 Millionen Mitgliedern, stark vor allem, weil von einem viel entschiedeneren antikapitalistischen und antimilitaristischen, einem viel ausgesprochener sozialistischen und revolutionären Geiste beseelt. Heute muß sie in sich selbst, in ihren eigenen Kampfmitteln, die Macht finden, der Welt die Erneuerung solcher Schrecken und Greuel zu ersparen! Krieg dem Krieg! Dies sei die allgemeine Losung, in der alle Arbeiter der ganzen Welt sich vereinigen! Die Verweigerung jedweden Transports für Kriegszwecke ist heute der Ausdruck der internationalen proletarischen Solidarität!

Kameraden! Der Internationale Gewerkschaftsbund zählt auf Euch!

Der Internationale Gewerkschaftsbund:

W. A. Appleton, Vorsitzender. L. Jouhaux, erster Vizevorsitzender. C. Mertens, zweiter Vorsitzender.
Edo Fimmen, J. Oudegeest, Sekretäre.

*

Den guten Willen des Vorstandes vom Internationalen Gewerkschaftsbund in allen Ehren! Leider zieht sein Aufruf aber zu wenig die tatsächlichen Verhältnisse in Betracht. Daß es uns in Deutschland heiliger Ernst damit ist, soviel wie möglich dazu beizutragen, damit dem Kriege zwischen Sowjetrußland und Polen ein Ende gemacht werde, beweist die allgemeine Billigung, die der Neutralitätsbeschluß der Reichsregierung gefunden hat, ein Beschluß, den in Deutschland nur die Gewaltpolitiker auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken nicht gutgeheißen haben. Ein fernerer Beweis ist der gemeinsame Aufruf, den der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 7. August erließen. Außerdem verweisen wir noch auf einen weiteren Aufruf, den der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, die Verbände der Eisenbahner und Transportarbeiter und der Hauptbetriebsrat der Eisenbahner am 25. August veröffentlicht haben. Daß das deutsche Proletariat den ernsten Willen hat, im Sinne dieser Aufrufe zu handeln, hat es schon durch die Tat bewiesen. Nun kommt es aber auch auf die Arbeiterschaft der westeuropäischen Länder an! Wie steht es in dieser Hinsicht mit dem französischen Proletariat? Jetzt handelt es sich nicht nur darum, Beschlüsse zu fassen, jetzt müssen auch Taten folgen!

Zu weiteren Bedenken gibt ein Absatz des Aufrufs vom Internationalen Gewerkschaftsbund Veranlassung. Danach soll „nicht ein Zug mit Munition verkehren, nicht ein einziges mit Kriegsmaterial beladenes Schiff den Hafen verlassen, nicht ein einziger Soldat weiterbefördert werden". Das möge zunächst in Frankreich, Belgien, England und Italien durchgeführt werden. Uns Deutschen sind durch den unseligen „Vertrag" von Versailles die Hände gebunden. Auf Grund dieses „Vertrages" müssen wir dulden, daß beträchtliche Teile deutschen Bodens von Truppen der Ententemächte besetzt sind und daß diesen ausländischen Truppenteilen Ersatzmannschaften und Ausrüstungsgegenstände zugeführt werden. Wenn nun zum Beispiel von Oberschlesien aus Ententetruppen nach Polen einmarschieren, so kann kein Deutscher sie daran hindern.

Eine merkwürdige Illustration zu dem Aufruf bilden zwei Meldungen. Nach der einen sind in Danzig 2000 englische und französische Arbeiter eingetroffen, um die Schiffe zu löschen, die Kriegsmaterial für Polen bringen, weil die Danziger Arbeiter die Entladungsarbeit verweigerten. Jene 2000 Engländer und Franzosen sind also schlimmer als Streikbrecher. Ferner wurde in der Holtenauer Schleuse des Nordostseekanals ein dänischer Dampfer angehalten, der 1000 Tonnen Munition für Polen aus Frankreich brachte. Also französische Arbeiter haben die Munition verladen, dänische Arbeiter haben sie befördert und deutsche Arbeiter verhindern jetzt die Weiterbeförderung. Frankreich wird wahrscheinlich mit seinen militärischen Gewaltmitteln drohen, um den Transport durch Deutschland zu erzwingen. Und die französischen Arbeiter werden schadenfroh den „Boches" dieses gönnen. Zum Schluß wird man sich dann darin „international" einig sein, daß die deutschen Arbeiter die Schuldigen seien, wenn die Sache nicht klappt. Denn, so wie die Politiker der ganzen Welt sich darin einig sind, die Verantwortung für alles Mißgeschick Deutschland aufzuhängen, so scheint es auch innerhalb des internationalen Gewerkschaftsbundes Gebrauch zu werden, selbst nur schöne Redensarten zu vollbringen und die Ausführung der Beschlüsse auf die deutschen Arbeiter abzuwälzen. Wenn dagegen deutsche Arbeiter von Franzosen, Polen, Tschechen auf das scheußlichste mißhandelt werden, dann hat die Internationale dafür kein Wahrnehmungsorgan.

Ferner fordert der Internationale Gewerkschaftsbund „alle Organisationen auf, Maßnahmen zu ergreifen, um in allen Ländern der Erzeugung von Kriegsmaterial ein Ende zu machen". Damit sind wir sehr einverstanden. Aber auch damit mögen die Arbeiterorganisationen der Ententeländer gefälligst Ernst machen. In Deutschland und auch in seinem Leidensgenossen Deutschösterreich wird die Abrüstung gründlich genug betrieben. Dagegen macht in Frankreich sich der Militarismus noch schlimmer breit als vor 1914.

Wird nicht im Sinne unserer Forderungen verfahren, verläßt sich vielmehr der Internationale Gewerkschaftsbund lediglich darauf, daß das deutsche Proletariat „die Sache schon machen wird", dann läuft sein Aufruf nur auf das hinaus, was nach dessen drittem Absatze vermieden werden soll, nämlich auf ein „Eingreifen Fremder in die inneren politischen Angelegenheiten eines Volkes". Dann entsteht die Gefahr des Gegenteils von dem, was der Aufruf bezwecken soll, nämlich von einem Wiederaufflammen des entsetzlichen Krieges, an dessen Folgen ganz Europa noch zu leiden hat. Also wir wünschen, daß der Aufruf befolgt werde, aber in erster Linie vom Proletariat der Ententemächte. Das deutsche Proletariat wird dann nicht zurückbleiben.

Hilferuf der organisierten Arbeiterschaft des Hultschiner Ländchens an die internationalen Gewerkschaften.

Die Bevölkerung des Hultschiner Ländchens, wovon die Mehrzahl Arbeiter und Kleinbauern sind, befindet sich seit der Besetzung durch die Tschechen in einer verzweiflungsvollen Lage. Die meisten Arbeiter, besonders die gut organisierten Bauarbeiter, sind gezwungen, da sie in der tschecho-slowakischen Republik kein menschenwürdiges Auskommen finden können, und ihre Verhältnisse anders geartet sind, im oberschlesischen Industriegebiet ihr Brot zu suchen. Durch den alle paar Wochen geänderten Paßzwang, der mit Unkosten und schweren Zeitversäumnissen verbunden ist, ist die Arbeiterschaft in größte Erbitterung geraten. Die Erbitterung wird noch gesteigert dadurch, daß den Arbeitern deutsche Zeitungen abgenommen werden. Den Höhepunkt der Erbitterung erreichte es am 31. Juli, als einem Arbeiter eine deutsche Zeitung abgenommen wurde. Da er sich sträubte, wurde er sofort verhaftet. Darauf protestierte eine größere Menge der mitfahrenden Arbeiter zu seiner Freilassung, worauf die tschechischen Beamten mit Gewehr und Revolver antworten wollten. Einige junge Hitzköpfe warfen Steine dazwischen. Seit der Zeit ist die Schikanierung der Arbeiterschaft durch die Tschechen aufs härteste gestiegen. Jeder ankommende Arbeiterzug wird von etwa 100 mit Bajonetten ausgerüsteten Gendarmen in Empfang genommen. Mit Hohngelächter und verächtlichen Aeußerungen werden die Arbeiter einzeln aus dem Zuge entlassen und auf das schärfste kontrolliert. Bei jeder kleinsten Mienenverziehung mangelt es nicht an Kolbenstößen, Fußtritten, Ohrfeigen und Mißhandlungen schlimmster Art. Es sind schon Fälle vorgekommen, wo einzelne Leute in einem finstern Keller eingesperrt und auf eine ganz barbarische Art mißhandelt wurden.

Laut Friedensvertrag ist das Hultschiner Ländchen ohne jede Volksabstimmung den Tschechen einverleibt worden, trotzdem der Friedensvertrag auf dem Grundsatze „Selbstbestimmungsrecht der Völker" aufgebaut worden ist.

Kollegen und Arbeitsbrüder der ganzen Welt! Wir richten an Euch die dringende Bitte: Helft, uns aus diesem elenden Sklavenjoche zu befreien!

Setzt es durch, daß uns das Abstimmungsrecht über unsere zukünftige Staatszugehörigkeit zuteil wird. Von uns sind schon Hilferufe an verschiedene maßgebende Persönlichkeiten ausgegangen, leider ohne Widerhall. Im Vertrauen appellieren wir an die größte Macht der Welt, an die internationale Arbeiterschaft und legen auf letztere unsere größte Hoffnung, daß wir nicht verlassen werden.

Die Arbeiterschaft des Hultschiner Ländchens.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Feststellungsergebnis vom 23. August.

Die Arbeitslosenzahl im Verhältnis zum Mitgliederhundert ist von 4,47 auf **4,41** gefallen. In den meisten Bezirken ist gegen das Ergebnis vom 16. August eine nennenswerte Veränderung nicht eingetreten. Im Bezirk Hannover ist dagegen die Zahl von 2,26 auf 1,6, im Bezirk Stuttgart von 6,6 auf 5,1 und in Danzig von 11,9 auf 9,5 gefallen. Von 3,46 auf 4,79 stieg sie im Bezirk Königsberg, in Stettin von 1,43 auf 3,36 und im Bezirk Breslau von 1,96 auf 4,2. Der Bezirk Dortmund hat mit 0,25, die geringste, der Bezirk Dresden mit 12,9 die größte Arbeitslosigkeit. Das Verhältnis der Unterstützten zum Mitgliederhundert fiel von 1,93 in der Vorwoche auf 1,9.

Bezirk	Zahl der Vereine		In den berichtenden Vereinen		In den berichtenden Vereinen waren am Feststellungstage arbeitslos							
	insgesamt	davon haben berichtet	betrug die Mitgliederzahl am Wochenschlusse	wurden in der Berichtswoche unterstützt	Maurer	Hilfsarbeiter	Betongruppe	Stuckgruppe	Fliesenleger	Isolierer	Erdarbeiter	Insgesamt
Königsberg	19	19	17587	294	149	290	—	—	—	—	304	743
Danzig . . .	1	1	3352	154	66	56	—	—	—	—	197	319
Stettin . . .	86	86	13282	124	80	87	1	—	—	1	298	467
Breslau .	58	58	34087	325	899	516	—	9	1	2	30	1457
Berlin . . .	73	73	45849	771	848	1078	44	152	61	1	36	2220
Magdeburg	51	51	28587	77	79	67	—	1	—	—	—	147
Erfurt	49	49	17681	251	246	213	3	5	—	1	13	481
Frankfurt .	17	17	36358	754	530	1184	43	28	13	3	424	2225
Cöln	15	15	36686	275	38	256	9	14	6	3	292	618
Dortmund	15	15	32297	33	18	46	4	—	—	—	14	82
Hannover	48	48	22829	307	149	157	11	5	3	1	50	376
Bremen . .	33	5	4898	223	209	188	12	—	3	8	188	608
Hamburg	71	71	25644	696	434	470	44	69	3	8	281	1309
Rostock . .	59	59	6541	33	52	30	—	—	—	—	27	109
Dresden . .	14	14	22299	1320	1078	1659	12	7	10	3	86	2855
Leipzig . . .	60	60	37331	1731	490	1344	43	41	16	25	1053	3012
Nürnberg .	20	20	22550	756	363	1273	2	34	3	3	133	1811
München .	33	33	26967	324	238	652	8	2	2	—	60	962
Stuttgart .	19	19	21939	521	212	744	4	144	—	5	10	1119
Karlsruhe .	12	12	27474	214	87	286	2	2	1	—	44	422
Zusammen	753	725	484238	9183	6265	10596	242	513	122	64	3540	21342

Berichte.

Konferenz der Bezirksvereine Nordbayerns.

Die am 29. August in Nürnberg tagende Konferenz nahm Stellung zu der Lohnbewegung für Nordbayern. Vom Verbandsvorstand war Kollege Töpfer anwesend, auch ein Vertreter des Zimmererverbandes war anwesend. Bezirksleiter Merkel verwies einleitend darauf, daß die Zusammenkunft eine Bezirkskonferenz nach den Bestimmungen des Statuts nicht sei, daß nur die Bezirks- und Ortsvereine eingeladen seien, für die der Vertrag in Nordbayern in Frage kommt. Er wies dann darauf hin, daß mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe Nordbayerns seit Jahren Verträge abgeschlossen wurden. Im vorigen Jahre kam es erstmalig, wenn auch unter etwas schwierigen Verhältnissen, zu einem allgemeinen Bezirksvertrag für ganz Nordbayern, der im allgemeinen unsere Kollegen befriedigte. Im heurigen Jahre war mit dem genannten Verbande in den ersten Verhandlungen bereits über verschiedene Punkte eine Einigung erzielt, so daß man annehmen durfte, wir würden gleichfalls rechtzeitig zu einem Bezirksvertrag kommen. Anders gestaltete sich jedoch die ganze Angelegenheit in dem Augenblick, als der neue Syndikus des Unternehmerverbandes, ein früherer Generalstabshauptmann, sich an den Verhandlungen beteiligte. Dieser brachte es fertig, bereits getroffene Vereinbarungen wieder über den Haufen zu werfen und sogar zu bestreiten, daß über diese oder jene Frage bereits eine Einigung bestehe, was die weiteren Verhandlungen außerordentlich erschwerte. Wenn es schon Anstrengung kostete, die an uns gestellten Forderungen der Unternehmer zurückzuweisen, so war in der Lohnfrage eine Einigung überhaupt nicht zu erzielen, da der Herr Syndikus immer wieder erklärte, daß eine Lohnerhöhung grundsätzlich nicht gewährt werde.

Auf Vorschlag der Unternehmer rief man dann das Sozialministerium an, um eine Einigung zu ermöglichen. Unter dem Vorsitz eines Vertreters dieses Ministeriums wurde dann am 8. Juni ein Schiedsspruch gefällt, der unsern Kollegen eine Lohnerhöhung von 30 ₰ in der V. bis zu 100 ₰ in der I. Lohnklasse brachte. Gleichfalls wurden alle übrigen strittigen Punkte dadurch geregelt. Beide Parteien unterwarfen sich diesem Schiedsspruch, und 3 Tage später sollte nach redaktioneller Fertigstellung der Bezirkstarif unterzeichnet werden. Jedoch erhielten wir an diesem Tage anstatt der Unterzeichnung durch die Unternehmerorganisation die Kündigung des Schiedsspruches zum 3. Juli. Von unserer Seite wurde gegen diese Kündigung Einspruch erhoben und erklärt, daß für uns nach wie vor nur die Bestimmungen des Schiedsspruches Gültigkeit haben. Die Unternehmer verpflichteten sich dann, die Löhne bis zum 1. August zu zahlen, jedoch müßte bis zu diesem Zeitpunkt ein geringerer Lohn vereinbart werden. Nachdem unserseits derartige Zugeständnisse nicht gemacht wurden, erhoben die Unternehmer ihre Forderungen aufs neue und drohten Lohnabzüge von 30 ₰ bis 85 ₰ pro Stunde an. In einzelnen Orten gingen sie auch gleich zur Ausführung über, jedoch mußten die Unternehmer von einer Woche zur andern immer wieder nachzahlen. Als sich das Landeseinigungsamt der Sache annahm, erhoben die Unternehmer ihre alten Forderungen wieder. Nach vierzehnstündiger Verhandlung unterbreitete das L. E. A. den letzten Vorschlag der Unternehmer, der dahin geht, für die gelernten Arbeiter den Stundenlohn um 10 ₰ und für die Hilfsarbeiter um 20 ₰ die Stunde zu kürzen. Desgleichen sollen die Entschädigungen für Werkzeug den gelernten Arbeitern gekürzt werden. Mit Rücksicht darauf, daß der jetzige Zustand auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten ist und daß gerade in der gegenwärtig überaus schlechten Konjunktur ein Vertragsverhältnis für unsere Kollegen von größter Bedeutung ist, erklärte sich die Dreizehner-Kommission bereit, bei unsern Kollegen für diesen Vorschlag der Unternehmer eintreten zu wollen, jedoch bleibt das Bestimmungsrecht den Mitgliedern überlassen. Die inzwischen stattgefundenen Versammlungen hätten zwar mit geringer Mehrheit dem Angebot der Unternehmer zugestimmt, aber die Beteiligung an der Abstimmung sei derartig gering gewesen, daß man nicht annehmen kann, daß dadurch der Wille der Mitglieder zum Ausdruck gekommen sei. Es sei unbedingt notwendig, daß die Vertreter der einzelnen Orte sich mit dieser äußerst wichtigen Angelegenheit nochmals in letzter Stunde befaßten. Dazu komme noch die Frage, ob wir die ganze Angelegenheit dem Haupttarifamt, das am 3. und 4. September tage, zur endgültigen Entscheidung unterbreiten wollten. Es seien 3 Fragen, die die Konferenz zu lösen habe. 1. Lehnen wir die Forderung der Unternehmer ab? 2. Nehmen wir das Angebot an? 3. Wollen wir das Haupttarifamt entscheiden lassen?

In der Aussprache kam zuerst zum Ausdruck, daß das Abstimmungsergebnis nicht vollständig sein konnte, da es in der kurzen Zeit nicht möglich war, überall Versammlungen zu veranstalten. Daß aber nachträglich noch in verschiedenen Orten die Versammlungen geschlossen gegen das unverschämte Ansinnen der Unternehmer und besonders ihres Syndikus stimmten. Besonders in verschiedenen größeren Orten [...] verschwindend wenige Arbeiter, die sich in der heutigen Zeit, in der die Lebensmittelpreise immer noch gewaltig steigen, mit einem Lohnabzug abfinden können. Besonders sind [...] die Orte in der zweiten Lohnklasse, die auf Grund des Reichstarifvertrages an die Unternehmer wegen Lohnerhöhung herantreten müßten, da gerade in diesen Orten zum Teil die Lebensverhältnisse noch schwieriger sind als in den Groß[...]städten und der Lohnunterschied zwischen der ersten und zweiten Klasse viel zu hoch ist. Allgemein wurde darauf verwiesen, daß auch die gegenwärtige Zeit nicht dazu angetan ist, die Spannung der Löhne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern zu vergrößern. Immer wieder wurde darauf verwiesen, daß für uns nur die Bestimmungen des Schiedsspruches vom 8. Juni maßgebend sein können, wie ja auch schon 2 Schlichtungsausschüsse entschieden [...]. Bemerkt wurde, daß die Unternehmer die guten Sitten mit Füßen treten und gegen Treu und Glauben verstoßen, indem sie das, was nach dem Schiedsspruch mit ihnen vereinbart wurde, nicht halten, nur weil sie eine Unterzeichnung hintertrieben, während sie jetzt bei den Arbeitern auf Gimpelfang gehen, indem sie erklären, die Gauleiter hätten ihr (der Unternehmer) Angebot unterzeichnet, was jedoch nicht wahr ist, sondern nur das Verhandlungsprotokoll wurde von den Gauleitern unseres Verbandes, des Zimmererverbandes, des christlichen Verbandes unterzeichnet. Von allen Rednern wurde der Ernst der Situation erkannt und darauf verwiesen, daß der Versuch abermals gemacht werden müsse, auf red[...]lichem Wege den Angriff der Unternehmer abzuschlagen und das Mittel der Arbeitseinstellung nur als allerletztes [...] Betracht zu ziehen.

Kollege Töpfer hob hervor, daß ein grober Verst[...] des Unternehmerverbandes gegen den Reichstarifvertrag v[...]liege. Was die Unternehmer Nordbayerns täten, sei [...] offenbarer Rechtsbruch. Bis jetzt ist immer noch so v[...]fahren worden, daß man sich nach dem Inhalt der Vertr[...] richtete, auch wenn sie nicht unterzeichnet waren. Das Hau[...]tarifamt wird nicht anders entscheiden können, als daß [...] Unternehmer nach § 5 Absatz 4 des Reichstarifvertrages ei[...] Tarifbruch begangen haben. Das Vorgehen der no[...] bayerischen Unternehmer ist als eine große Provokation [...] Arbeiter anzusehen. Wenn in ganz vereinzelten Fällen [...] Preisabbau zu verzeichnen ist, so ist dies so minimal, daß [...] keinen Einfluß auf das Budget des Arbeiters ausübt. [...] erblickt in der Annahme des Angebotes der Unternehmer [...] schwerste Gefahr, da ja dann auch anderwärts die Unt[...]nehmer das gleiche machen könnten. Selbst der Vorsi[...] des Deutschen Arbeitgeberverbandes ist heute mit Lohnabzü[...] nicht einverstanden. Ob die Unternehmer Nordbayerns [...] der moralischen Wirkung eines Entscheides des Haupttarifamtes unterstellen werden, bliebe abzuwarten. Einem [...]trage der Nürnberger Kollegen, daß über die Maßnah[...] in Nürnberg die übrigen Kollegen nicht mitbestimmen sol[...], kann er nicht zustimmen; denn die heutige Entscheidung m[...] schon für den ganzen Bezirk bindend sein.

Die Abstimmung ergab, daß das Angebot der Unterneh[...] abgelehnt wurde. Mit 41 gegen 1 Stimme wurde beschlo[...] die Entscheidung dem Haupttarifamt zu übertragen. Die K[...]ferenz ermächtigte die Verhandlungskommission, nach [...]scheidung des Haupttarifamtes, den Bezirksvertrag so wi[...] nach der Fällung des Schiedsspruches vom 8. Juni verein[...] wurde, zu unterzeichnen. Ein Antrag des Kollegen O[...] Hof, daß die Kosten der Lohnbewegung und der Konfere[...] zu diesem Zweck von der Hauptkasse getragen werden, [...] seine Erledigung dadurch, daß der Vertreter des Verba[...]vorstandes erklärte, daß dort, wo die Notwendigkeit dafür [...]stehe, die Hauptkasse die Kosten übernehmen werde. [...] Antrag des Kollegen Beser, Weiden, daß die Bezirksl[...] mit den Unternehmern beim Landesfinanzamt den D[...]schnittsverdienst der Bauarbeiter feststellen, damit statt [...] nur 6% Steuer abgezogen würden, fand einstimmig Anna[...]. Kollege Hub, Schweinfurt, verwies noch darauf, daß ge[...] in der gegenwärtigen Zeit der überaus großen Arbeitslosi[...] die bayerische Regierung Aufforderungen erläßt, die Arb[...] sollten sich unter Mithilfe ihrer Familienmitglieder außer[...] der gesetzlichen Arbeitszeit Wohnungen aus Lehm und [...]gleichen herstellen. Er macht auf die Folgen einer so[...] Arbeitsmethode aufmerksam, die sowohl in kultureller w[...] hygienischer Hinsicht schädlich sei. Er erklärte, daß [...] Bauarbeiter keine Veranlassung haben, dies Verlangen [...] bayerischen Regierung zu unterstützen; denn wir würden [...] die Schlinge damit selbst um den Hals legen. Kollege T[...] hofft vom Volke, daß es, sobald die Rohstoffbelieferung [...] wird, von selbst mit allen derartigen Palliativmittelchen [...]räumt und selbst wieder nach gesunden menschlichen [...]nungen trachtet.

mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln gerd gutt kg otto-hahn straße 21 postfach 410249 4400 münster-kinderhaus

Beeskow. Unsere hiesigen Kollegen besuchen in der Regel die Mitgliederversammlungen nur, wenn etwas „los" ist; sonst überlassen sie die Vereinstätigkeit dem Vorstand, der mag sehen, wie er fertig wird. Es wurde deshalb angeregt, die Mitgliederversammlungen abwechselnd in den einzelnen Orten des Vereinsgebietes stattfinden zu lassen. Dieser Vorschlag fand jedoch keine Gegenliebe. Nun soll nächstens der Bezirksausschuß eingeladen werden, jemand nach hier zu senden, der die Kollegen munter macht. Am Ende des 2. Quartals hatten wir 136 Mitglieder. Von diesen sind 102 Maurer, 20 Hilfsarbeiter und 4 Lehrlinge.

Bremen. Unser Bezirksverein schloß das 2. Quartal mit einem Mitgliederbestand von 3500 ab. Für die Hauptkasse wurden 75 466 M. eingenommen. Die Einnahmen der Lokalkasse betrugen 63 308,98 M., die Ausgabe 22 011,56 M., so daß ein Kassenbestand von 41 297,42 M. blieb. Seit dem Antritt der jetzigen Vereinsleitung im Jahre 1919 ist das Vereinsvermögen um rund 34 000 M. gestiegen. Durch die Aufhebung der Demobilmachungsverordnung ist vom 1. Juli an eine Aenderung in der Arbeitsvermittlung eingetreten. Der Unternehmerwunsch ist erfüllt; sie können sich die Arbeitskräfte wieder aussuchen, zum Schaden der Bauarbeiter. Aeltere Kollegen, andere die durch den Krieg körperlich Schaden erlitten oder auch jene, die ihre Arbeiterrechte gegenüber dem Unternehmer vertreten, werden bei der schlechten Bautätigkeit viel unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Die Folgen der Arbeitsvermittlung durch den städtischen Nachweis zeigen sich von Tag zu Tag deutlicher. Hunderte Kollegen können wochenlang arbeitslos herumlaufen, während andere, die mit dem Unternehmer oder Polier gut bekannt sind, von einer Arbeitsstelle in die andere gehen. Am 29. Juli beauftragte eine Mitgliederversammlung die Vereinsleitung, mit den Unternehmern zu versuchen, die Arbeitsvermittlung in der Form, wie sie vor dem 1. Juli bestand, wieder einzuführen, oder auf Grund des Reichstarifvertrages einen paritätischen Nachweis zu schaffen. Die Vereinsleitung wandte sich an 20 größere Vereine, um Unterlagen für die Verhandlungen zu bekommen. Von 19 Vereinen erhielt sie Antwort. Bei den meisten besteht die gemeindliche Vermittlung, bei den andern ein paritätischer Arbeitsnachweis. In Hamburg und Braunschweig ist jedes Umschauen verboten. Die Bremer Unternehmer sind nun bestrebt, die Sache bis nach der Errichtung des städtischen Arbeitsamtes hinauszuschieben. Unsere Kollegen sind der Ansicht, daß nicht so lange gewartet werden kann. Es wurde beschlossen, auf den Baustellen darüber abzustimmen, ob die Arbeitsvermittlung wieder in der Form eingeführt werden soll, wie sie vor dem 1. Juli bestand. Ergibt sich eine Mehrheit dafür, so wird das Umschauen auf Baustellen und in Unternehmerbureaus verboten. In der Versammlung am 26. August wurde auch Stellung genommen zu den produktiven Baugenossenschaften. Nachstehende Entschließung wurde angenommen: „Die Mitgliederversammlung des Bezirksvereins Bremen erblickt in der Gründung von Produktivgenossenschaften kein Mittel, die Bauarbeiter aus den Fesseln des Kapitalismus zu befreien. Die Versammelten erblicken in den Produktivgenossenschaften im allgemeinen, und vor allem, wie sie von 7 Kollegen des Vereins Bremen gegründet, ein verkapptes Akkordsystem. Die Versammelten stehen nach wie vor auf dem Boden der Oppositionskonferenz von Halle, wo in einer Entschließung klipp und klar zum Ausdruck gebracht ist, daß produktive Baugenossenschaften keine geeigneten Mittel sind, um die Bauarbeiter aus ihrer elenden Lage zu befreien. Aus der Erkenntnis heraus ist die Gründung von produktiven Baugenossenschaften zu bekämpfen." Ein Antrag wurde angenommen, nach dem von den Unternehmern der Steuerausgleich verlangt werden soll. Ein anderer Antrag, von dem vorhandenen besonderen Fonds 20 000 M. an die notleidenden Familien im Ruhrgebiet abzuführen, wurde gleichfalls angenommen. Ferner wurde ein Antrag, den in Bremen ansässigen verheirateten Kollegen, die gezwungen sind, auswärts Arbeit zu suchen, Anteil an der lokalen Sterbekasse zu geben, dem Vorstand überwiesen.

Insterburg. Der Unternehmer Pfeiffer aus Allenstein hat im Kreise Darkehmen eine Bauarbeit auszuführen, bei der er nach dem Tarifvertrage an ungelernte Bauhilfsarbeiter einen Stundenlohn von 3,85 M. zahlen müßte. Er zahlte jedoch nur 2,80 M. Auf unsere Anfrage, die wir deshalb an ihn richteten, erhielten wir nachstehende Antwort: „In Verfolg meines Schreibens vom 28. vorigen Monats teile ich Ihnen mit, daß die Feststellungen ergeben haben, daß die nicht mit vollem Tariflohn ausgezahlten Arbeiter keine Bauarbeiter, sondern als Knechte vorher beschäftigt gewesen sind. Es ist ihnen dieses bei Einstellung beziehungsweise bei der ersten Löhnung gesagt worden, daß sie nur eingestellt werden können, wenn sie mit diesem Lohne zufriedengestellt sind, da sie nicht die Leistungen eines Bauarbeiters erfüllen können. Sie sind auch damit zufrieden gewesen. Es ist also ganz tarifmäßig von meinen Angestellten gehandelt worden."

Herr Pfeiffer erhielt von uns folgende Antwort: „. . . . Laut Tarifvertrag bestehen 2 Kategorien von Bauarbeitern, gelibte und ungeübte. Zu den letzteren gehört der in Betracht kommende Arbeiter, da Löhne für ehemalige Knechte nicht festgelegt sind. Wir sind außerordentlich erstaunt, daß die Firma Pfeiffer, deren Inhaber zu den leidenden ostpreußischen Unternehmern gehört, hiervon nicht unterrichtet zu sein scheint. Es ist auch nicht richtig, daß der in Betracht kommende Arbeiter einen ihm angebotenen niedrigeren Lohn akzeptiert hat. Sollte ihm ein niedrigerer Lohn angeboten worden sein, so würde das ein Verstoß gegen den Tarifvertrag sein. Der Arbeiter hat nach 2 Wochen die Arbeit niedergelegt, weil ihm der Tariflohn nicht gezahlt wurde. Wir fordern daher für ihn den laut Ihrer Lohnliste zu wenig gezahlten Lohn und stellen anheim, dem Vertreter Ihrer geschätzten Firma in bezug auf Tarifkenntnis zutreffende Weisungen zugehen zu lassen. Wir bemerken, daß unseres Erachtens das letzte Schreiben unmöglich Herrn Pfeiffer vorgelegen haben kann und behalten uns vor, die Namen der Arbeiter, die zu wenig Lohn erhielten, festzustellen und deren Ansprüche anzumelden."

Lüdenscheid. Einen schlagfertigen Bauführer hat die Firma Velten & Stahl aus Cöln in der Person des Bauführers Redlers, geboren in Deppendorf bei Bielefeld. Der Herr ist als aufsichtführender Bauführer an dem Neubau des Barmer Bankvereins in Altena tätig. Dort ist auch ein 67 Jahre alter Maurer tätig, den sowohl Bauführer wie Polier wegen seiner Zuverlässigkeit gut leiden konnten. Aus diesem Grunde vertraute man ihm auch die Schlüssel zur Baubude an, damit er morgens aufschließen konnte. Am 21. August, als er früh aufschloß, hat ihn der Bauführer plötzlich für einen Dieb gehalten. Er erkannte jedoch den Kollegen, rief ihn mit Namen an und sprach mit ihm. Als dieser nun Aufklärung über den vermeintlichen Diebstahl geben wollte, schlug der sechsundzwanzigjährige Redkers ohne weiteres mit seinem dicken Rohrstock auf ihn ein, so daß der Kollege infolge der Mißhandlung arbeitsunfähig ist. Bei der Bauversammlung versuchte R. abzuleugnen. Die an der Baustelle beschäftigten Kollegen forderten seine Entfernung. Seine Firma wird diese Forderung erfüllen müssen, wenn sie einigermaßen gerecht denkt.

Nordhausen. Hier ließ die Bautätigkeit auch im 2. Quartal sehr viel zu wünschen übrig. Nur im Lohngebiet Bleicherode war sie leidlich. In der schlechten Bautätigkeit ist auch die Ursache zu sehen, weshalb die abgelaufenen Tarifverträge nicht erneuert werden konnten. Hinzu kam, daß die Unternehmer, die früher gar nicht oder lokal organisiert waren, jetzt dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe angehören. Das gab uns Veranlassung, den Abschluß eines Bezirkstarifvertrages mit 2 Lohnklassen zu fordern. Die Unternehmer in Bleicherode schlossen sich jedoch zu einer selbständigen Ortsgruppe des Bezirksarbeitgeberverbandes Halle zusammen, so daß auch wir die Stadt Bleicherode mit dem anschließenden Kaligebiet zu einem Lohngebiet vereinigten. Am 21. Juni fanden die Verhandlungen für das Lohngebiet Nordhausen statt; sie verliefen ergebnislos, da sich die Unternehmer weigerten, den Lohn zu erhöhen. Für das Lohngebiet Bleicherode wurde am 25. Juni gleichfalls ergebnislos verhandelt. Beide Fälle wurden dem Hauptausschuß unterbreitet, das am 28. und 29. Juli seine in Nummer 33 des „Grundstein" bekanntgegebenen Einigungsvorschläge machte. Leider war es uns nicht möglich, mit den Unternehmern zu einer Verständigung zu gelangen. Die Mitgliederzahl des Vereins ist trotz schlechter Bautätigkeit um 207 gestiegen, so daß wir am Quartalsschluß 887 Mitglieder hatten, von denen 536 Maurer, 335 Hilfsarbeiter, 2 Isolierer und 1 Stukkateur sind; dazu kommen 13 Beitragsfreie. Für die Hauptkasse wurden 9158,40 M. eingenommen. Die Lokalkasse hatte einschließlich Bestand vom 1. Quartal 8338,09 M. Einnahmen und 6313,17 M. Ausgaben, so daß ein Bestand von 1724,92 M. blieb. 23 Mitgliederversammlungen und 4 Demonstrationsversammlungen gegen die Tatenlosigkeit in der Wohnungsbeschaffung fanden statt. In einer Sitzung mit dem Arb.-tgeberverband in Nordhausen wurde beschlossen, daß, bevor Entlassungen der Arbeiter in größerer Zahl geschehen, die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden herabgesetzt werden muß. Durch Austausch von Arbeitern soll ebenfalls möglichst die Entlassung vermieden werden. Alle diesbezüglichen Maßnahmen müssen vorher mit den Organisationsvorständen und Baudelegierten besprochen werden. Dem Vorschlage des Ortsausschusses, die Betriebsräteorganisation nach den Grundsätzen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aufzubauen, wurde von uns zugestimmt.

Unsere Arbeitsvermittlung im Juli.

Dem Statistischen Reichsamt sind 11 Nachweise und die Zentralstelle angeschlossen Die Nachweise in Plauen und Zittau haben ihre Tätigkeit eingestellt und sich den städtischen Nachweisen angeschlossen. Pirna und Sebnitz haben nicht berichtet.

Uebersicht über die Vermittlungstätigkeit.

Im Monat Juli	Maurer	Bauhilfsarbeiter	Betonarbeiter	Stukkateure und Putzer	Fliesenleger	Isolierer und Steinholzleger	Erdarbeiter	Sonstige Arbeiter	Insgesamt
wurden angefordert	159	75	32	13	2	10	226	41	558
„ vermittelt . .	116	75	29	11	2	10	226	41	510

Von den 558 angeforderten Arbeitskräften sind 510 vermittelt worden; das sind 91,39 auf je 100 Angeforderte. Die Vermittlung verteilt sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Es wurden vermittelt auf je 100 angeforderte Maurer 72,95, Bauhilfsarbeiter 100, Betonarbeiter 90,62, Stukkateure und Putzer 84,61, Fliesenleger 100, Isolierer und Steinholzleger 100, Erdarbeiter 100, sonstige Arbeiter 100.

Fliesenleger.

Dortmund. Seit dem 15. Januar waren wir bemüht, die Unternehmer zu einer gemeinsamen Sitzung zu bewegen. Die schlechte Geschäftslage und die Konkurrenz der Maurer, die für den Maurerlohn Fliesenlegerarbeit machten, ermöglichten den Unternehmern ihre ablehnende Haltung. Auf die mehrfache Beschwerde unseres Obmannes und der Vereinsleitung wurden wir auf die Essener Bezirksvertragsverhandlungen verwiesen, obgleich wir einen Ortsvertrag haben. Endlich fanden am 13. Juli in Essen die Verhandlungen für den Bezirk statt. Die hiesigen Kollegen glaubten nun, daß ihre Wünsche dort zur Sprache kämen. Darin täuschten sie sich, denn die Dortmunder Unternehmer waren zur Verhandlung nicht erschienen. Die übrigen Unternehmervertreter erklärten, daß wir, da wir einen örtlichen Vertrag haben, an den Verhandlungen nicht teilnehmen könnten. Wir setzten uns nun mit dem Vorsitzenden der hiesigen Unternehmer in Verbindung zwecks örtlicher Verhandlungen. Ebenso mit dem Vorsitzenden des Westdeutschen Arbeitgeberbundes. Aber alle Bemühungen scheiterten zunächst, weil wir keinen Unparteiischen bekommen konnten, der sich mit dem hiesigen Unternehmervorsitzenden an den Verhandlungstisch setzen mochte. Als dann endlich zum 16. Juli ein Verhandlungstermin bestellt war, wurde dieser kurz vor dem Beginn wieder telephonisch abgesagt. Nun waren unsere Kollegen dieser Narrerei überdrüssig, und sie beschlossen in einer gemeinsamen Versammlung, den Unternehmern mitzuteilen, daß, wenn bis zum 19. Juli, nachmittags 3 Uhr, keine Verhandlung stattfände, die Unternehmer die Folgen auf sich nehmen müßten. Auch das half nicht. Am 21. Juli beschloß dann eine Versammlung, vom 23. Juli an zu streiken. Vorerst sollte jedoch mit den einzelnen Unternehmern verhandelt werden. Das Ergebnis war, daß am 24. Juli unter Ausschaltung des Unternehmervorsitzenden und des Unparteiischen verhandelt wurde. In dieser Verhandlung wurde vereinbart, daß die Unternehmer jedem Fliesenleger, der seit 1. Juli oder seit früher bei ihnen beschäftigt ist, 250 M. Entschädigung zahlen für die Zeit der Essener Bezirksvereinbarung. Die Fliesenleger dagegen anerkennen den in Essen vereinbarten Bezirkstarifvertrag. Die Versammlung der Fliesenleger nahm dieses Angebot an. Damit war der Streik nach eintägiger Dauer bei diesen Firmen erledigt, nur die größte Firma, eben die des Vorsitzenden der Unternehmer, bequemte sich erst nach dreitägigem Streik zum Nachgeben. Diese zahlt nun den Arbeitern 280 M. Entschädigung. So ist der Streik infolge der Einigkeit der Kollegen zu ihren Gunsten entschieden, gegen den Starrsinn einzelner Unternehmer.

Isolierer und Steinholzleger.

Endlich ist es nun gelungen, auch einen neuen Reichstarifvertrag für das Isoliergewerbe zustande zu bringen. Nachdem die Unternehmerorganisation den am 2. Juli in Berlin gefällten Schiedsspruch abgelehnt hatte, versuchten unsere Kollegen, durch örtliche Verhandlungen zu einem Vertragsabschluß zu gelangen. Das scheiterte überall an der Anweisung des Wirtschaftsbundes, in der Auslösung nicht über den Satz von 16 M. pro Tag hinauszugehen. In allen größeren Sektionen waren daher zu Anfang September Arbeitseinstellungen vorgesehen, nachdem die Hamburger Kollegen bereits seit Anfang August im Streik standen. Der Wirtschaftsbund konnte nicht im Zweifel darüber sein, was für ihn auf dem Spiele stand. Die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches würde die Situation ohne weiteres geklärt haben, aber der Wirtschaftsbund hatte Einspruch erhoben. Auf Ladung des Arbeitsministers kam es am 31. August zu einer Aussprache über die Verbindlichkeitserklärung und im Anschlusse daran zu erneuten Verhandlungen über den Schiedsspruch selbst. Die Unternehmer erklärten sich bereit, die Ferien entsprechend dem Spruch anzuerkennen, verlangte aber dagegen, daß Akkordarbeit als zulässig erachtet werde, wie dies der Schiedsspruch ja indirekt in sich schließt. Die Auslösung in der Höhe des Schiedsspruches zu zahlen erklärten sie jedoch für unmöglich. Schon durch die bisherige Auslösung seien ihnen persönliche Aufträge entzogen worden und die größeren Werke gingen immer mehr dazu über, eigne Werksisolierer einzustellen, bei denen die Werke nicht nur einen erheblich niedrigeren Lohn zahlten, sondern auch die Auslösung sparten. Ueber 16 M. könnten sie unmöglich hinausgehen. Ferner wünschten sie eine Abänderung in den Bestimmungen über das Fahrgeld, Fahrt 4. Klasse soll zulässig sein. Wir hielten an unserm alten Standpunkt fest, wonach der Schiedsspruch maßgebend sein sollte. Eine Einigung schien ausgeschlossen. Der Vertreter des Arbeitsministers, Herr Dr. Mewes, gab sich die größte Mühe, zwischen beiden Parteien, die in verschiedenen Räumen tagten, zu vermitteln. In der Frage der Akkordarbeit erklärten wir uns unter bestimmten Bedingungen einverstanden, daß diese als zulässig erklärt wird. Es muß jedoch innerhalb eines Monats ein Akkordtarif in den einzelnen Bezirken zwischen den Organisationsleitungen vereinbart sein. Kommt innerhalb dieser Frist keine solche Vereinbarung zustande, gilt der Akkord als ausgeschlossen. Der Tagelohn muß garantiert werden und bei fehlerhaftem Material kann der Akkord zurückgewiesen werden. Bei der Auslösung einigten sich die Parteien nach langwierigen hartnäckigen Verhandlungen auf einen Vorschlag des Vorsitzenden. Es kam schließlich nach etwa fünfstündigen Verhandlungen folgender Vergleich zustande:

Berlin, den 31. August 1920.

Vergleich.

Ueber den am 2. Juli 1920 im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch vergleichen sich die Parteien wie folgt:

1. Der Punkt, betreffend Ferien, wird auch von Arbeitgeberseite angenommen. Zugleich wird vereinbart, daß in diesem Jahre die Ferienzeit durch eine entsprechende Entschädigung im Wege der örtlichen Vereinbarung abgegolten werden kann.

2. Der Punkt Akkordarbeit erhält folgende Fassung: Akkordarbeit ist zulässig. Es muß innerhalb eines Monats zwischen den örtlichen Organisationsleitern ein Akkordtarif vereinbart sein, der die hauptsächlichsten gangbaren Arbeiten umfaßt. Vor der Festigstellung des Akkordtarifs darf nicht in Akkord gearbeitet werden. Der Arbeitnehmer ist berechtigt, wegen fehlerhaften Materials die Akkordarbeit zu verweigern. Die Verweigerung der Akkordarbeit wegen fehlerhaften Materials ist jedoch kein Entlassungsgrund. Der Akkordüberschuß ist an alle Beteiligten entsprechend der von ihnen gearbeiteten Stundenzahl gleichmäßig zu verteilen.

3. Der Punkt Auslösung erhält folgende Fassung: Die Auslösung für Isolierer und Helfer beträgt in Orten bis 75 000 Einwohner 16 M., über 75 000 Einwohner 18,50 M.

4. Der Punkt Reisevergütung erhält folgende Fassung: Wo im Nahverkehr Wochenkarten ausgegeben werden, sind Wochenkarten zu benutzen.

5. Außerdem wird folgende Vereinbarung getroffen: Der neu abzuschließende Reichstarifvertrag für das Isoliergewerbe gilt vom 1. August 1920 bis zum 30. Juni 1922. Mit den Verhandlungen soll umgehend begonnen werden. Die heute festgesetzte Auslösung von 16 M. beziehungsweise 18,50 M. wird jeweilig prozentual herabgesetzt, wenn die Stundenlöhne um mindestens 10 % fallen sollten.

Dieser Vergleich wird manchen Kollegen als ein zu weitgehendes Entgegenkommen erscheinen. Aber die Dinge liegen nun einmal so, daß es sich für uns nur darum handeln konnte, entweder auf einen solchen Vergleich einzugehen, oder auf der ganzen Linie einen Kampf aufzunehmen, der aller Wahrscheinlichkeit nach mehrere Wochen dauern müßte. Daß der Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeit des Schiedsspruches anordnete, war nach der Sachlage sehr zweifelhaft. Wie durch Umfrage in den Vereinen festgestellt wurde, ist die Konjunktur zurzeit durchaus noch keine günstige und eine Besserung für die nächste Zeit auch nur in wenigen Orten zu erwarten. Man müßte sich also ernstlich fragen, ob ein Kampf die Opfer wert wäre, die jeder einzelne Kollege zu bringen hätte. Dabei war zu bedenken, daß der Kampf schließlich doch nur im Wege des Vergleichs zur Beendigung kommen könnte, und was ein

solcher uns dann brächte, wäre nicht vorauszusehen. Wir stimmten daher dem Vergleichsvorschlage zu. In der Akkordfrage liegt es nun nach der Vereinbarung vollständig in der Hand der Vereine beziehungsweise Settionen, ob überhaupt von Akkordarbeit in Zukunft die Rede sein würde. Hat man sich innerhalb eines Monats, vom Datum der ersten örtlichen Verhandlungen an gerechnet, nicht über bestimmte Akkordsätze für alle gangbaren Arbeiten geeinigt, so gibt es keine Akkordarbeit. Die Auflösung bringt den Kollegen gegenüber den bisher gezahlten 12 M. mindestens 4 M. mehr pro Tag und bei allen Arbeitsstätten über 75 000 Einwohner ist die Höhe des dreisachen durchschnittlichen Stundenlohnes 6,18 M. bis auf 4 ₰ erreicht. Daß im Nahverkehr, wo es angängig ist, Wochenkarten vergütet werden, ist nicht mehr wie berechtigt. In der Ferienfrage ist entgegen der ausdrücklichen Bestimmung im Schiedsspruch vereinbart worden, daß für dieses Jahr eine Abgeltung durch einen zwischen den örtlichen Instanzen zu vereinbarenden Geldbetrag möglich ist. Der Vertrag gilt vom 1. August 1920 bis zum 30. Juni 1922. Die bereits früher mit dem Wirtschaftsbund vereinbarten höheren Zuschläge sowie auch die höheren Auslösungssätze sind vom 1. August an nachzuzahlen. Entspricht der Reichsvertrag auch nicht den berechtigten Wünschen der Kollegen, so werden sich diese doch in Berücksichtigung der ganzen Verhältnisse mit dem Erreichten abfinden müssen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch einen längeren Kampf ein vollständiges Verbot der Akkordarbeit hätte erreicht werden können, aber diese Möglichkeit ist auch heute noch vorhanden. Ob eine höhere Auslösung durch Kampf zu erlangen war, muß bezweifelt werden, und wenn es wirklich gelungen wäre, hätte der Erfolg in keinem Verhältnis zu den Opfern gestanden. Die endgültige Erledigung der Bewegung obliegt nun den Vereinen durch die Festlegung der örtlich zu vereinbarenden Punkte des Vertrages.

Internationale Bauarbeiterbewegung.

Holland.

Die Stukkateurmeister und Bauunternehmer versuchen, durch Verbreitung unwahrer Nachrichten Bauarbeiter aller Berufe nach Holland zu locken. Entgegen solchen Meldungen müssen wir mitteilen, daß der Kampf im holländischen Baugewerbe weiterdauert. In wie frecher Weise die holländischen Unternehmer vorgehen, beweist eine Meldung in bürgerlichen Blättern, in der behauptet wird, Vertreter der deutschen Bauarbeiterorganisation befänden sich in Holland, um über die Einreise deutscher Bauarbeiter zu verhandeln. Daran ist kein wahres Wort. Bauarbeiter, Stukkateure, Maurer, Zimmerer, Tischler, laßt Euch nicht irreführen! Geht nicht früher nach Holland, bis der Kampf zu Ende ist!

Vom Bau.

Schadloshaltung. Die Sektion VI (Cöln) des Reichsverbandes des deutschen Tiefbaugewerbes hat am 12. Juli beschlossen, daß für die an den Arbeiter zu zahlende Vergütung bei Regenzeit und bei Versäumnis der Arbeit durch in eigener Person liegenden Grund bei sämtlichen Preisberechnungen für den Bauauftraggeber ein Zuschlag von 5 % auf die jeweiligen Tariflöhne angerechnet werden soll.

Vom Zementwucher. Wir geben in den nachstehenden Zahlen eine kurze Uebersicht über die Zementpreise in den Jahren 1914 bis 1920. Es kosteten 10 000 kg am

		für Staatsbauten	für Privatbauten
1. Juli	1914	350 M.	350 M.
1. Januar	1917	430 „	430 „
1. Oktober	1918	735 „	760 „
1. April	1919	885 „	910 „
1. Mai	1919	1035 „	1060 „
1. August	1919	1465 „	1595 „
1. Oktober	1919	1553 „	1603 „
1. Dezember	1919	1592 „	1662 „
1. April	1920	3991 „	4061 „
1. August	1920	3330 „	3400 „

Das sind seit 1917 die staatlich festgesetzten Höchstpreise, zu denen bekanntlich lange Zeit kein Zement zu haben war. Im Schleichhandel wurden dagegen bis zu 17 000 M. für 10 000 kg bezahlt.

Lehmbautagung. Der Deutsche Ausschuß zur Förderung der Lehmbauweise, Geschäftsstelle Landes-Siedelungsgesellschaft „Sächsisches Heim", Dresden, Kanzleigäßchen 1/2, beabsichtigt auf Grund vieler Anregungen und Anfragen im Oktober eine zweite deutsche Lehmbautagung nach Dresden einzuberufen. Bei dem großen Interesse, das die Allgemeinheit an einer unparteiischen und einwandfreien Lösung dieser Frage hat, wird auf eine sehr rege Beteiligung gerechnet. Leider sind dem Ausschuß aber nicht alle die Behörden, Organisationen und Fachleute bekannt, die sich bereits mit dem Lehmbau beschäftigt beziehungsweise selbst Lehmbauten ausgeführt haben. Es kann daher den beteiligten Kreisen nur geraten werden, sich möglichst umgehend mit der Geschäftsstelle des Deutschen Ausschusses ins Einvernehmen zu setzen.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 21 Absatz 3 des Statuts vom Verein **Celle:** Walter Kindervater, geboren am 2. Juli 1883 zu Leipzig; vom Verein **Glauchau:** Friedrich Geiler, geboren am 17. August 1856, eingetreten am 27. Mai 1905 (Buch-Nr. 193 890); vom Verein **Lychen:** Paul Lübke, geboren am 22. September 1890 zu Lychen, eingetreten am 12. August 1919; vom Verein **Mülheim a. d. Ruhr:** Wilh. Sinnemann, geboren in Dortmund, eingetreten am 20. Mai 1919 (475 211); vom Verein **Neustadt i. Holst.:** Oskar Swenson (0113927); vom Verein **Spremberg:** Ewald Klement, geboren am 18. März 1875 zu Bolkenhain, eingetreten am 1. Juni 1920 (556 324).

Gestohlen ist in Remscheid das Mitgliedsbuch Nr. 517 080 des am 18. Juli 1890 geborenen Kollegen Dal Piver Alfiri, eingetreten am 3. Juni 1919 zu Remscheid.

Vom 29. August bis 4. September haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse gesandt: **Altötting** 10000 M., **Amberg** 6000, **Ansbach** 1500, **Borna** 1000, **Buer** i. W. 10000, **Bernau** 3000, **Belzig** 700, **Boizenburg** 515, **Bruel** 500, **Braunsberg** 1800, **Brieg** 4000, **Brake** 200, **Berlin** 100000, **Bartenstein** 1000, **Beelitz** i. d. M. 1200, **Cöthen** 5400, **Caputh** 1700, **Cüstrin** 1300, **Cammin** 1056,70, **Celle** 2500, **Crefeld** 8000, **Colditz** 1000, **Dramburg** 467,90, **Düren** 10000, **Duisburg** 10000, **Deggendorf** 3500, **Deutsch-Eylau** 600, **Daber** 830, **Darmstadt** 7000, **Dahlen** i. S. 600, **Elbing** 6000, **Eutin** 2430, **Essen** 70000, **Eisenberg** 1000, **Eberswalde** 5000, **Fürstenfeldbruck** 1200, **Feldberg** i. **Meckl.** 400, **Fallersleben** 1000, **Friedland** i. **Meckl.** 600, **Festenberg** i. **Schl.** 233, **Frankenberg** i. S. 32,20, **Großenhain** i. S. 2510,40, **Görlitz** 2000, **Genthin** 1000, **Gransee** 300, **Gronau** 1000, **Goldap** 5000, **Groß-Rhüden** 700, **Garmisch** 2000, **Greiz** 7000, **Gültrow** 3000, **Glückstadt** 1000, **Gnoien** 500, **Hirschberg** i. **Schl.** 5000, **Halle** 25000, **Hamm** i. **W.** 500, **Halberstadt** 3500, **Hartha** 1000, **Hildesheim** 8000, 10000, **Hamborg** 800, **Hildburghausen** 500, **Hannover** 25000, **Hainrode** 800, **Hagen** 28, **Jüterbog** 1000, **Immenstadt** 1600, **Kiel** 6000, **Königswusterhausen** 4000, **Krausnick** 150, **Kattowitz** 20000, **Kalkberge** 4000, **Kaufbeuren** 4500, **Leisnig** 1300, **Lörrach** 6000, **Lüdenscheid** 8000, **Lütjenburg** 800, **Landeshut** i. **Schl.** 2000, **Lehnin** 1200, **Lindow** 600, **Löbau** 9500, **Lügde** 500, **Lübben** 800, **Memmingen** 1500, **Mohrungen** 2000, **Meppen** 1200, **Meerane** 1700, **Meuselbach** 800, **Marienwalde** 750, **Malchin** 1400, **Massow** 1800, **Naugard** 1200, **Nordenham** 1000, **Neuburg** a. d. **D.** 500, **Northeim** 1000, **Neustettin** 3000, **Naumburg** 3000, **Nowawes** 2500, **Neiße** 1000, **Neukalen** 398,20, **Neustadt** i. **M.** 135, **Neumarkt** i. **Schl.** 600, **Neuhaldensleben** 1000, **Oldenburg** i. **Gr.** 5000, **Osnabrück** 3000, **Oftrosnitz** 1000, **Peine** 10000, **Plauen** i. **V.** 5000, **Passau** 4000, **Peiskerwitz** 1200, **Priebus** 1000, **Potsdam** 4000, **Penzlin** 800, **Querfurt** 1000, **Quakenbrück** 600, **Rothenburg** o. d. **T.** 1500, **Rastenburg** 2000, **Röbel** 700, **Rietheim** a. d. **Aller** 500, **Rennersdorf** 3500, **Reetz** 180, **Ravensburg** 5694,10, **Rössel** 1500, **Reutlingen** 3000, **Raudten** 350, **Schramberg** 2000, **Schleswig** 3800, **Schivelbein** 1100, **Saarbrücken** 25000, **Stolp** 8000, **Stargard** i. **M.** 1400, **Sternberg** b. **Frankfurt** a. d. **O.** 433,60, **Soltau** 350, **Sandau** a. d. **Elbe** 400, **Seehausen** i. d. **Altm.** 400, **Salzwedel** 2500, **Schneidemühl** 2200, **Schönberg** i. **M.** 1600, **Segeberg** 1500, **Schlawe** 1300, **Strehla** 1000, **Stavenhagen** 500, **Senftenberg** 9000, **Staßfurt** 3200, **Schwedt** a. d. **O.** 1000, **Tönning** 152,80, **Treptow** a. d. **Rega** 2000, **Trachenberg** 500, **Ulzburg** 300, **Uetersen** 300, **Ulm** 7128,82, **Usiar** 1200, **Ueckermünde** 1000, **Velten** 3000, **Weimar** 3000, **Wahlitz** 2000, **Wildeshausen** 800, **Wittenberg** 2500, **Weißenfels** 4000, **Wurzen** 3000, **Waldenburg** i. **S.** 1500, **Weilheim** 1000, **Woldenberg** 600, **Wendung** 500, **Zarrentin** 272,80, **Zwiesel** 3000, **Zittau** 5000, **Zerbst** 1009,30.

Von hingesandter Streikunterstützung zurück: **Neurode** 1500 M.

Protokolle: Brake 1,50 M., Daber 5.

Der Verbandsvorstand.

Zentralkrankenkasse.

Im Monat August sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Altona 700 M., Berlin I 600, Berlin II 1500, Berlin III 1000, Berlin IV 1500, Borkum 300, Bremen 250, Breslau 500, Biebrich 300, Chemnitz 1000, Cöln a. Rh. 400, Cöln-Mülheim 500, Darmstadt 250, Dazlanden 300, Dessau 199, Dortmund 900, Dotzheim 700, Dresden 1500, Ebergötzen 100, Elberfeld 600, Elbing 150, Elmschenhagen 900, Ellrich 200, Erbenheim 200, Essen an der Ruhr 2700, Flensburg 300, Fürstenwalde 200, Groß-Wokern 250, Groß-Zimmern 800, Grünau 100, Godesberg 300, Hagen i. W. 400, Hainstadt 137,55, Halle a. d. S. 1000, Hamburg V 250, Harburg a. d. E. 350, Hannover 1000, Hechtsheim 300, Herbsleben 216,08, Heusenstamm 500, Heroldsberg 116,10, Königsberg i. Pr. 200, Kostheim 600, Krefeld 750, Kalk a. Rh. 200, Königsee 170, Leipzig 700, Lippoldsweiler 150, Lucka 300, Lüdenscheid 1000, Landsberg a. d. W. 100, Ludwigshafen 200, Mainz 700, München 3000, Mühlhausen i. Th. 200, Mügeln 220, Nassenheide 100, Neukölln 1500, Neumühlen b. Kiel 200, Osnabrück 500, Offenbach 1000, Pfungstadt 300, Reutlingen 500, Sandbach 200, Slendal 200, Stettin 500, Stuttgart 500, Straubing 150, Sandau a. d. E. 100, Schwegenheim 106,58, Schmiedeberg i. R. 150, Schwerte a. d. R. 131,52, Tegel 200, Todtenhausen 500, Ulm a. d. D. 400, Warnemünde 320,80, Wiesbaden 300, Witten a. d. R. 150, Weimar 300. Summa 40 267,63 M.

Zuschüsse erhielten: Bergedorf 100 M., Deutsch-Lissa 150, Fechenbach 200, Groß-Schönebeck 200, Gurhagen 200, Holtensen 39,54, Ingersleben 220, Leipzig-Gohlis 200, Mölln i. L. 100, Merseburg 100, Oberhone 150, Preltin 150, Ravensburg 100, Strausberg 300, Wedel 100, Wensickendorf 126, Wangen i. Algäu 50. Summa 2485,54 M.

Hamburg, den 31. August 1920.

Wilh. Thies, erster Kassierer.

Rechnungsabschluß über das 2. Quartal 1920.

Einnahme.

Barer Bestand am Anfang des 2. Quartals		98706,46 M.
Zinsen von belegten Kapitalien		2660,45 „
Beitrittsgelder		2921,60 „
Beiträge von Mitgliedern der 1. Klasse	175280,— M.	
„ „ „ „ 2. „	35287,— „	
„ „ „ „ 3. „	22665,20 „	
„ „ „ „ 4. „	1107,40 „	
„ „ „ (Extrasteuer)	10429,20 „	244768,80 „
Beiträge nach § 9 Ziff. 10 d. S. d. 1. Kl.	234,50 M.	
„ „ § 9 „ 10 „ „ 2. „	72,10 „	
„ „ § 9 „ 10 „ „ 3. „	27,— „	333,60 „
Zurückgezogene Kapitalien		8000,— „
Sonstige Einnahmen		2159,— „
Summa		359549,91 M.

Ausgabe.

Krankengeld an Mitglieder der 1. Kl.	60564,40 M.	
„ „ „ „ 2. „	16465,91 „	
„ „ „ „ 3. „	8694,88 „	
„ „ „ „ 4. „	260,40 „	85985,54 M.
Sterbegeld für Mitglieder der 1. Klasse	7350,— M.	
„ „ „ „ 2. „	1842,— „	
„ „ „ „ 3. „	756,— „	9948,— „
Zurückgezahlte Beiträge		103,35 „
Kapitalanlagen		37600,— „
Verwaltungskosten:		
a) persönliche	58816,60 M.	
b) sachliche	33545,51 „	92362,11 „
Summa		225999,— M.

Abschluß.

Summa der Einnahme	359549,91 M.
Summa der Ausgabe	225999,— „
Kassenbestand am Schlusse des 2. Quartals	133550,91 M.
Die Netto-Einnahme betrug	252843,45 M.
Die Netto-Ausgabe betrug	188399,— „
Mehreinnahme	64444,45 M.

Vermögensausweis.

Barbestand laut Abschluß	133550,91 M.
Belegte Kapitalien: a) Hypotheken	216100,— „
b) Sparkasse	258601,26 „
c) Reichsanleihe	99000,— „
Gesamtvermögen am 30. Juni 1920	709252,17 M.

Verwaltungsstellen: 413, Mitgliederzahl: 20 846.

W. Thies, erster Kassierer.

Vorstehender Rechnungsabschluß ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassenvermögen ist uns vorgelegt respektive nachgewiesen worden.

Hamburg, den 3. September 1920.

Für den Aufsichtsrat:

H. Hacker. A. Kleinfeld. A. Schlichting.

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder:

Augsburg. Georg Schedel, Hilfsarb., 55 Jahre alt.
Berlin. Hermann Kasper, Maurer, 72 Jahre alt.
Fritz Klingauf, Putzer, 69 Jahre alt.
Bielefeld. Heinr. Beinke, Hilfsarbeiter, 41 Jahre alt.
Burg b. Magdeburg. Heinrich Thiele, M., 70 J. alt.
Dresden. (Klingenberg.) M. Schulze, M., 50 J. alt.
Göttingen. Otto Dohrmann, Maurer, 54 Jahre alt.
Hagen. (Wengern.) Viktor Zamio, M., 34 Jahre alt.
Hannover. Albert Böcker, Maurer, 27 Jahre alt.
Karl Bormann, Erdarbeiter, 20 Jahre alt.
Hildesheim. Ernst Wunnenberg, Maurer, 30 J. alt.
Kiel. (Hollenau.) Ferd. Hahn, Maurer, 74 Jahre alt.
Mölln. H. Drewes.
München. (Ost.) Josef Seidl, Hilfsarb., 36 Jahre alt.
(Tutzing.) Johann Bücherl, Hilfsarb., 60 Jahre alt.
Schweinfurt. Gottfried Scheit, 33 Jahre alt.
Sonneberg. Rudolf Sauerteig, Hilfsarb., 57 Jahre alt.
Zielenzig. Friedrich Giese, Maurer, 67 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Bau- u. Erdarb.-Produktiv-Genossenschaft „Zukunft" Oldenburg und Umgegend. E. G. m. b. H.

Freitag, den 17. September 1920, abends 5½ Uhr im **Gewerkschaftshaus,** Kurwickstr. 2, großer Saal:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf das Malergewerbe. 3. Neuwahl des Vorsitzenden. 4. Genossenschaftliches. — Es ist Pflicht eines jeden Genossen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Aufsichtsrat. J. A.: Georg Wessels. **Der Vorstand.** J. A.: Aug. Schütt.

Bezirksverein Bremen.

Laut Beschluß (Abstimmung auf Bauten) ist das Umschauen nach Arbeit auf Bauten und in den Bureaus der Unternehmer usw. verboten. Kollegen, die in Arbeit treten, haben sich sofort auf dem Verbandsbureau zu melden, um eine Ausweiskarte in Empfang zu nehmen.

Der Vereinsvorstand.

Karl Huckewitz, Erdarbeiter, geboren am 8. Oktober 1863 in Spandau, eingetreten am 3. März 1919 in Oelde, Bezirksverein Hamm i. W., Buchnummer 466 397, wird gesucht. Kollegen, denen seine Adresse bekannt ist, wollen diese umgehend an H. Schürmeyer, Oelde i. W., Geiststr. 5 mitteilen.

Hamm i. W. Kollegen, die von der Firma Broil, Abbruch der Leisingschen Ziegelei, noch Lohnnachzahlung zu beanspruchen haben, können diese Sonnabends von 4 bis 5 Uhr nachmittags im Bureau der Firma in Empfang nehmen.

Der Vereinsvorstand.

Versammlungen.

Hamburg. (Betonarbeiter.) Am 9. September, abends 7 Uhr, in der Wandelhalle des Gewerkschaftshauses.

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Fritz Paeplow). Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Otto. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln
gerd gutt KG
otto-hahn-straße 21
postfach 41 02 49
4400 münster-roxel